

Fedor Ruhose/Hans-Jörg Schmedes

Progressive Wirtschaftspolitik: Wie viel Staat, wie viel Markt?

Der Kapitalismus ist in der Krise und erst das Eingreifen der Staaten konnte den internationalen Finanzsektor vorläufig stabilisieren. Durch die Rettungspakete sind aber wiederum die Finanzen vieler Staaten gerade im Euro-Raum dramatisch unter Druck geraten. Angesichts der sichtbar gewordenen Verwerfungen der international verflochtenen Finanzmärkte setzen sich daher Progressive für mehr Regulierung, Koordinierung, Kooperation und Partizipation ein.

Fedor Ruhose

(* 1982) ist Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion in Mainz.

f.ruhose@gmail.com



Hans-Jörg Schmedes

(* 1977) arbeitet für die baden-württembergische Landesvertretung in Berlin.

hans-joerg.schmedes@uni-konstanz.de



Ohne die Beseitigung des Geburtsfehlers der Währungsunion – dem Fehlen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik – wird das Ziel der Progressiven nicht erreichbar sein. Es bedarf deshalb deutlicher Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union in Europa, die jedoch in diesem Beitrag nicht erörtert werden können. Hier stehen die Konzepte progressiver Wirtschaftspolitik im Fokus, mit denen Deutschland die Herausforderungen der Zukunft konstruktiv meistern kann.

Progressive Wirtschaftspolitik zielt auf ein ökonomisch leistungsfähiges, sozial ge-

rechtes und ökologisch verträgliches Wirtschaften. Im Mittelpunkt stehen die Sicherung und die Schaffung von guten und wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Menschen sollen Lebenschancen ermöglicht werden – ein Leben in Würde ohne staatliche Zuschüsse. Wohlstand darf kein Privileg für immer weniger Menschen und Sicherheit kein Luxus für Eliten werden.

Hierfür ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen für eine weltweit wettbewerbsfähige deutsche Wirtschaft erhalten bleiben und weiter verbessert werden. In besonderer Weise müssen Handwerk und Mittelstand, das Rückgrat unserer Volkswirtschaft, gefördert und gestärkt werden. Progressive Politik verfolgt eine Stärkung der öffentlichen Infrastruktur. Wollen wir in Deutschland unsere wirtschaftliche Stärke auf lange Sicht erhalten, müssen wir eine umfassende Innovationskultur schaffen, die Wissenschaft und Forschung enger mit der Wirtschaft verzahnt. Durch Cluster, aber auch durch Einrichtungen für den Wissenstransfer, wie Forschungszentren, kann eine »Wissensinfrastruktur« entstehen, die dafür sorgt, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung rasch in markt- und konkurrenzfähige Produkte umzusetzen. Das ist das Erfolgskonzept »Made in Germany«.

Gut ausgebildete, qualifizierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer sind der Grundstein wirtschaftlichen Erfolges. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter an den Entscheidungen und am wirtschaftlichen Gewinn des Unternehmens beteiligen, nutzen die vorhandenen Potenziale und motivieren zu hoher Leistungsbereitschaft. Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung sind bewährte Instrumente des Interessenausgleichs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. In der stärksten Rezession der Nachkriegszeit 2008 und 2009 waren es vor allem die Arbeitnehmervertreter, die das auf allen Unternehmensebenen vorhandene Wissen für notwendige Entscheidungen nutzten und oftmals schneller als die Vorstandschefs Antworten in der Krise fanden.

Zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik gehört die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Sie leben von ihrem gesellschaftlichen Umfeld, tragen auf der anderen Seite aber Verantwortung für ihre Region. Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit erfordert zunehmende Bemühungen um Klimaschutz sowie Ressourcen- und Energieeffizienz. Breit getragene Innovationen sind der Schlüsselfaktor, um den tief greifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und den globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Eine Neujustierung des Verhältnisses von traditioneller Politik, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft geht noch einen Schritt weiter. Viele Herausforderungen lassen sich heute nur noch auf internationaler Ebene gemeinsam lösen, andere Aufgaben sind für einzelne staatliche Akteure zu komplex. Zwar gilt nach wie vor das Primat der Politik, doch scheint der moderne Staat aus eigener Kraft immer weniger in der Lage zu sein, der Komplexität moderner Gesellschaften Herr zu werden. Verbindliche, anreizbasierte, kontrollierte und wirksam sanktionierte Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren kön-

nen Bereiche einer kollektiven Steuerung unterwerfen, die sich der Reichweite von gesetzlichen Normierungen entziehen.

Ausgewogenes Wachstum

Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, um den Fortschritt zu gestalten. Allerdings brauchen wir dazu eine moderne Wirtschaftspolitik, die ein sozial und ökologisch ausgewogenes Wachstum fördert. Im globalen Wettbewerb braucht Deutschland eine Kultur der Innovation und Kreativität, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt mit sozialem Fortschritt verbindet. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Beschäftigten, Wissenschaft und Politik. Dabei kann auf die Stärke des Standorts Deutschland gesetzt werden: Nach wie vor wird rund ein Viertel der bundesdeutschen Bruttowertschöpfung in der Industrie erwirtschaftet. In anderen großen, entwickelten Staaten der Europäischen Union, wie etwa Frankreich oder Großbritannien, aber auch in den USA, ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes nur etwa halb so groß. Deutschland besitzt die Technologieführerschaft in einer Vielzahl von Industriebranchen, viele Mittelständler sind als »hidden champions« Weltmarktführer in ihren Bereichen.

Progressive Wirtschaftspolitik muss die Instrumente zur Förderung der Innovationsfähigkeit weiterentwickeln. Innovationen entstehen dort, wo sich Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zu Bündnissen zusammenschließen, um Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Regionen zu erhöhen. Die Förderung und Organisation von Innovationsprozessen muss in den Vordergrund rücken.

Für die Sicherung des Rohstoffbedarfs unserer Industrie sind Vernetzung und enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft elementar. Ein wichtiger Ansatzpunkt nachhaltiger Wirtschaftspolitik

muss der Aufbau eines Recyclingnetzwerkes sein: Preissteigerungen für seltene Erden könnten für einige Branchen ähnlich dramatische Auswirkungen wie der Ölpreisschock der 70er Jahre haben. Schon jetzt fallen in Deutschland bedeutende Mengen dieser Rohstoffe in den Abfallströmen an. Hier müssen zum einen die Rahmenbedingungen für das industrielle Recycling gestärkt, zum anderen muss in Grundlagenforschung investiert werden, damit eine effiziente Gewinnung von seltenen Erden aus größeren Abfallmengen ermöglicht werden kann. Geprüft werden sollte darüber hinaus, wo die Erschließung und Förderung eigener Ressourcen unter den neuen Rahmenbedingungen ohne staatliche Subventionierung möglich ist.

Wir brauchen einen neuen Grundkonsens: Gerade eine älter werdende Gesellschaft wie die deutsche braucht eine dynamisch wachsende Volkswirtschaft. Ohne ausgewogenes Wachstum würde sie nicht nur ärmer, auch die Verteilungskonflikte zwischen Jungen und Alten, Armen und Reichen nähmen rapide zu. Mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist ohne Bereitschaft zu Veränderungen nicht denkbar. Dazu gehören die Entwicklung und Verwirklichung von großen, nie unumstrittenen Infrastrukturprojekten. Frühzeitig einsetzende, direkte Teilhabeformen, die das Teilhabebedürfnis der Menschen respektieren und in ergebnisoffenen Debatten aufgreifen, können die Akzeptanz solcher Großprojekte deutlich befördern.

Zudem benötigen wir einen neuen Begriff davon, was staatliche Wirtschaftspolitik leisten kann. Der Staat muss helfen, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen, die die industrielle Basis sichern und wettbewerbsfähig erhalten. Hierbei geht es nicht um die »klassische Industriepolitik« des vergangenen Jahrhunderts, als die Politik noch vermeintlich zukunftsfähige Branchen massiv subventioniert hat. Hauptansatzpunkt für progressive Politik ist die Förderung von Kompetenzverbänden und

Leitbranchen mit einem besonderen Augenmerk auf der Vernetzung der Unternehmen untereinander – sei es räumlich konzentriert in Form eines industriellen Clusters, sei es dezentral als klassisches Netzwerk – sowie der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Fort- und Weiterbildungsnetzwerke ermöglichen Synergien, die Zugehörigkeit zu einem regionalen Branchencluster macht kleine Unternehmen als Arbeitgeber für in- und ausländische Fachkräfte interessant. Der Wettbewerb um die bessere Lösung ist die Triebfeder für jede Innovation, doch zugleich können Kooperationen und Netzwerkbildungen Elemente einer produktiven Strategie im Wettbewerb sein.

Demografischen Wandel ernst nehmen

Auch in Deutschland werden immer weniger Kinder geboren und die Menschen werden – zum Glück – immer älter. Der demografische Wandel macht die dauerhafte Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen zu einer zentralen Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Die Lösung der wachsenden Probleme ist eine gemeinsame Aufgabe der Unternehmen und des Staates. Um für Fachkräfte attraktiv zu sein, bedarf es eines Wandels in der Wirtschaftspolitik. Die Unternehmen müssen ihren Beschäftigten berufliche Perspektiven und Arbeitsbedingungen bieten, die attraktiv sind und sie an den Standort binden. Dazu gehören die sogenannten weichen Standortfaktoren. Zudem benötigen wir eine Politik, die alle hier lebenden Kinder und Jugendlichen eine ihren Talenten und Neigungen gemäße Bildung und Ausbildung ermöglicht. Auch wird es darum gehen, ein hinreichendes Angebot und ausreichende Nutzungsmöglichkeiten von Weiterbildungseinrichtungen für ein lebenslanges Lernen zu gewährleisten. Männern und Frauen, die außerhalb des Er-

werbslebens stehen, muss die Rückkehr und im Alter der Verbleib erleichtert werden. Ohne Zuwanderung wird es dennoch nicht gehen: Deutschland braucht daher eine Willkommenskultur, die es Zuwanderinnen und Zuwanderern ermöglicht, gleichberechtigte und gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden und sich als solche auch zu fühlen.

Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Um dies sicherzustellen, sprechen sich Progressive für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Er trägt dazu bei, die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu achten, die Armut zu bekämpfen und für eine ausreichende Alterssicherung zu sorgen. Der ökonomische Erfolg und der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind zwei Seiten derselben Medaille.

Progressive Wirtschaftspolitik stärkt die mittelständischen Unternehmen durch schnelle, mittelstandsfreundliche Verwaltungsverfahren. Zudem steht die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Investitionen und Innovationen im Mittelpunkt. Von einer steuerlichen Begünstigung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen könnten nennenswerte Impulse ausgehen. Ziel progressiver Wirtschaftspolitik ist es, das Gründungspotenzial bei allen Zielgruppen besser auszuschöpfen, Unternehmen bei der Lösung der Nachfolgeproblematik zu unterstützen und eine Kultur der Selbstständigkeit zu fördern.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen muss sich auf den Weltmärkten bewähren. Dabei muss aber verstärkt wieder in den Mittelpunkt rücken, dass Arbeitsplätze und Produkte durch die wirtschaftliche Betätigung in den Regionen, den Städten und den Gemeinden entstehen. Progressive Wirtschaftspolitik braucht kleinräumige Vernetzungen. Sie setzt dabei gemeinsam mit Städten und Kreisen auf integrierte lokale und regionale Handlungskonzepte, die städtebauliche, wirtschafts-

und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen umfassen. Zur Stärkung der lokalen Märkte muss die Finanzausstattung und die Wirtschaftskraft der Kommunen auf eine sichere Grundlage gestellt werden. Hierzu gehört, dass der gesetzliche Rahmen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, zum Beispiel im Bereich Netze der Zukunft – dem Energiesektor und bei der Breitbandversorgung –, erweitert wird.

Dialogorientierte Wirtschaftspolitik

Eine Politik für gute Infrastrukturbedingungen in Deutschland bedarf eines starken Dialogs, um die Menschen von Notwendigkeiten zu überzeugen und für die Infrastruktur der Zukunft zu begeistern. Damit können die Chancen innovativer, industrieller Produktion inklusive produktionsorientierter Dienstleistungen verdeutlicht werden. Das neue Wertefundament unserer Wirtschaft wird auf breite Akzeptanz stoßen, wenn es in einem offenen Diskurs mit zentralen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem aber mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wird. Wenn es gelingt, Verfahren zu entwickeln, frühzeitig und verstärkt über die Hintergründe von Industrieansiedlungen, Verkehrsprojekten und städtebaulichen Maßnahmen zu sprechen, kann ein neues Miteinander entstehen. Gerade die Unternehmen sind gefordert, für ihre Anliegen zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Progressive Wirtschaftspolitik schafft mit mehr Regulierung, Koordinierung, Kooperation und Partizipation neue Handlungsspielräume. Sie tut dies, ohne dirigistisch zu sein – und will nur so viel Staat wie nötig. Sie will gleichzeitig nicht so viel Markt wie möglich, sondern nur so viel Markt wie nötig, um Wirtschaft, Umwelt und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in ein Gleichgewicht zu setzen.

(Der Beitrag gibt die ausschließlich persönliche Auffassung der Autoren wider.) ■